

In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken



48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 14.10.2022
Tagesordnungspunkt: I In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken

Antragstext

- 1 Die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine spüren wir auch
- 2 durch Energieknappheit, explodierende Preise und zurückgehende Wirtschaftsleistung. Die
- 3 enorme fossile Abhängigkeit von Russland, in die Deutschland von Vorgängerregierungen
- 4 getrieben wurde, gibt dem Kreml die Möglichkeit, auch unseren Wohlstand herauszufordern.
- 5 Doch wir lassen uns nicht von Wladimir Putin erpressen. Und das heißt: Wir stehen
- 6 unverändert solidarisch an der Seite der Ukraine und ihrer Menschen. Mit weitreichenden
- 7 Maßnahmen erreichen wir Monat für Monat Deutschlands Unabhängigkeit von russischen
- 8 Energieimporten. Und je stärker wir dabei auf erneuerbare Energien setzen, desto mehr werden
- 9 künftig auch die Preise sinken.

- 10 Doch aktuell leiden viele Menschen in Deutschland und Europa unter immens gestiegenen
- 11 Preisen für Energie und Lebensmittel und wissen oft kaum mehr, wie sie ihre Rechnungen
- 12 bezahlen sollen. Gerade diejenigen, die schon vor der aktuellen fossilen Inflation, vor dem
- 13 russischen Angriff auf die Ukraine und vor der darauffolgenden Energiekrise kaum über die
- 14 Runden kamen, werden von den derzeitigen Herausforderungen hart getroffen. So droht sich die

- 15 soziale Spaltung nach mehr als zwei Jahren Pandemie ein weiteres Mal zu verschärfen. Viele
- 16 Menschen machen sich in dieser Situation berechnete Sorgen. Deswegen haben wir stets
- 17 zielgerichtet mit Entlastungsmaßnahmen diejenigen besonders in den Blick genommen, die von

- 18 der Krise am härtesten getroffen werden.

- 19 Die Sorge vor steigenden Lebenshaltungskosten reicht bis in die gesellschaftliche Mitte
- 20 hinein. Es steht der über lange Zeit erarbeitete Lebensstandard und Wohlstand in Frage. Die
- 21 hohen Preise für Energie und Lebensmittel treffen alle Menschen existenziell, die geringe
- 22 oder keine Rücklagen haben, das betrifft ca. 40 Prozent der Menschen in Deutschland. Oft
- 23 sind es gerade die vielen Beschäftigten, die in systemrelevanten Berufen schon in Zeiten der
- 24 Lockdowns unsere Versorgung mit dem Notwendigsten gesichert haben. Sie stellen unsere
- 25 Daseinsvorsorge, also das tägliche Brot, die Reparatur der Heizung, die Fahrt im Bus oder
- 26 die Betreuung im Kindergarten sicher.

- 27 Wir lassen die Menschen in diesem Land nicht alleine. Um sie zu unterstützen, braucht es zum
- 28 einen kurzfristige Entlastungen, zum anderen aber muss Deutschland gerechter werden. An
- 29 vielen Stellen müssen wir unseren Sozialstaat reformieren und an die Herausforderungen und
- 30 Bedarfe unserer Zeit anpassen. Mit Vorhaben wie dem Bürgergeld und der
- 31 Kindergrundsicherung
- schaffen wir mehr soziale Gerechtigkeit in Zeiten sozialer Unsicherheit und Polarisierung.

32 Gesellschaftlichen Frieden sichern wir auch, indem alle ihren Fähigkeiten entsprechend
33 mithelfen. So können wir die Folgen, insbesondere die der Klimakrise und des russischen
34 Angriffskriegs gegen die Ukraine, abfedern. Dazu gehört, dass wir Belastungen gerechter
35 verteilen. Auch Menschen mit sehr hohen Vermögen sollen etwas abgeben. Es gibt
36 verschiedene
37 geeignete Instrumente, um Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten abzubauen und dabei
38 Ausnahmen
39 für Betriebsvermögen von Unternehmen zu ermöglichen. Wir werden kleine und mittlere
40 Unternehmen stützen und sie in der Krise nicht noch zusätzlich belasten. Zugleich werden wir
41 dafür sorgen, dass starke Schultern mehr tragen als schwache. Soziale Sicherheit und
42 sozialer Ausgleich sind unverzichtbar. Gerade in der Krise ist der gesellschaftliche
43 Zusammenhalt gefordert.

44 Insgesamt steht uns als Gesellschaft ein schwerer Winter bevor. Neben der Inflation droht
45 aufgrund der Energiekrise auch eine Rezession in ganz Europa. Nach zwei Pandemie Jahren
46 macht
47 das auch vielen Unternehmen große Sorgen. Denn durch die seit Mitte Juni reduzierten und
48 seit Anfang September ausbleibenden Gaslieferungen sind die Energiekosten massiv gestiegen
49 und setzen besonders Solo-Selbstständige, kleine und mittelständische Betriebe stark unter
50 Druck. Die hohen Preise zehren ihre Rücklagen auf und damit die Mittel für Investitionen in
51 den Umbau für mehr Nachhaltigkeit und vor allem in den Umbau zur Reduzierung des
52 Energieverbrauchs. Die höheren Zinsen erschweren eine dynamische Wirtschaftsentwicklung
53 zusätzlich und drohen die Rezession in der Eurozone zu verstärken. Hinzu kommen fortwirkende

54 Lieferengpässe, der handfeste Mangel an Arbeits- und Fachkräften sowie die allgemein
55 rückläufige Kaufkraft und eine insgesamt erhöhte Unsicherheit. Es darf nicht dazu kommen,
56 dass unsere Solo-Selbst-Selbstständigen, Mittelständler, Handwerksbetriebe, aber auch
57 soziale Einrichtungen, Krankenhäuser und andere Einrichtungen der Gesundheitsversorgung in
58 dieser extrem angespannten Phase ihre Liquidität verlieren. Wir müssen ihnen beistehen,
59 damit sie gut über diesen Winter kommen – und sie bei der Transformation unterstützen.

60 Der drohende Nachfrageschock kann die Situation weiter verschärfen. Die teilweise
61 verdoppelten oder verdreifachten Kosten für Strom, Gas und Lebensmittel müssen die
62 Bürger*innen an anderer Stelle einsparen. Das hat Auswirkungen auf die Konsumgüternachfrage

63 in Deutschland. Auch die Tarifpartner wissen: Lohnzurückhaltung ist daher jetzt das falsche
64 Rezept gegen die Inflation. Expert*innen sehen keine Anzeichen für eine Lohn-Preis-Spirale.
65 Im Gegenteil, die Reallöhne sinken. Es geht in diesem Winter darum, diejenigen bei den hohen
66 Preisen zielgerichtet zu unterstützen, die wenig haben.

67 Es ist aber auch eine Frage ökonomischer Vernunft, dass wir es nicht zulassen, die
68 Rezessionsgefahren noch zu verschärfen. Jetzt eine Rezession in Kauf zu nehmen, um die
69 Inflation zu bekämpfen, wäre genau der falsche Weg. Denn damit würde man Schaden im Kern
70 der
71 deutschen Wirtschaft riskieren. Wir müssen also beides schaffen: aktiv gegen die drohende
72 Rezession und gleichzeitig gegen die hohe Inflation vorgehen.

73 Dabei ist eine kluge Geldpolitik ein wichtiges Instrument von Inflationsbekämpfung. Doch es
74 liegt an der Politik, die richtigen Maßnahmen zu treffen, damit Geldpolitik wirken kann und

71 die Menschen vor den Folgen der Inflation geschützt werden. Unser Ziel ist es auch, allen
72 EU-Staaten mehr Investitionen für den sozial-ökologischen Umbau und für die soziale
73 Infrastruktur zu ermöglichen. Daher setzen wir uns für eine Weiterentwicklung der EU-
74 Fiskalregeln ein.

75 Grüne und soziale Investitionen müssen im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt
76 stärker berücksichtigt und das Regelwerk insgesamt demokratisiert werden. Darüber hinaus
77 brauchen wir eine dauerhafte gemeinsame europäische Fiskalkapazität, beispielweise durch
78 einen Grünen Investitionsfonds angelehnt an Next Generation EU. Wir setzen uns für einen EU
79 Haushalt ein, der krisenfest, flexibel und für gemeinsame europäische Zukunftsprojekte
80 besser ausgestattet ist.

81 Aus dieser außergewöhnlichen Krise können wir uns nicht herausparen. Deshalb ist es gut,
82 dass sich die Bundesregierung zu einem 200-Milliarden-Abwehrschirm gegen hohe
Energiepreise
83 und zur Sicherung der Versorgungssicherheit verständigt hat. Damit haben wir in dieser
84 Notsituation einen starken Schutzschirm für das Handwerk, für kleine und mittlere
85 Unternehmen (KMU) sowie für die soziale Infrastruktur. Wir stützen so Verbraucher*innen und
86 Wirtschaft. Wenn es zur Bewältigung der Krise und der Aufrechterhaltung unserer
87 Wirtschaftskraft notwendig wird, muss die Schuldenbremse ausgesetzt werden - auch und
gerade
88 in den Bundesländern. Gleichzeitig müssen wir aber auch in die sozial-ökologische
89 Transformation sowie die Unabhängigkeit unserer Energieversorgung investieren. Nur so
kommen
90 wir raus aus der von Putin getriebenen fossilen Inflation und machen unsere Wirtschaft und
91 Industrie zukunftsfest.

92 Wir werden leider nicht alle Lasten, die in diesem Winter auf uns zukommen, ausgleichen
93 können, wollen aber alles tun, damit niemand seinen Wohnraum verliert, im Dunkeln sitzen
94 oder frieren muss. Ein Instrument dazu ist ein bundesweites Strom- und Gassperrenmoratorium.

95 Deshalb ist es wichtig, unsere Möglichkeiten gezielt einzusetzen, und dass auch diejenigen
96 ihren Beitrag leisten, die in der Krise gut über die Runden kommen oder als Unternehmen
97 aufgrund der Krise sogar zusätzliche Gewinne machen.

98 **Soziale Sicherheit schaffen - in der Krise und darüber hinaus**

99 Während sich viele Menschen um die nächste Nebenkostenabrechnung sorgen, fahren einige
100 wenige Energiekonzerne gerade milliardenschwere Gewinne ein - nicht etwa, weil sie besser
101 wirtschaften oder klug investiert haben, sondern einzig und allein, weil der russische
102 Angriff auf die Ukraine die Energiepreise derart in die Höhe getrieben hat. Wir drängen
103 deshalb bereits seit dem Frühjahr auf die Abschöpfung solcher Übergewinne, um mit den daraus
104 erzielten Einnahmen gezielt die Bürger*innen zu entlasten.

105 Mit dem Abschöpfen dieser zufälligen Übergewinne auf dem Strommarkt gehen wir nun einen
106 ersten wichtigen Schritt, um eine Strompreisbremse zu finanzieren. Damit soll der
107 Grundverbrauch an Strom für die Menschen bezahlbar bleiben. Für den darüber
hinausgehenden
108 Verbrauch wird der jeweils aktuelle Marktpreis angelegt. So werden Verbraucher*innen, aber

109 auch kleine und mittlere Unternehmen entlastet und gleichzeitig zur Reduktion ihres
110 Verbrauchs angeregt. Wir begrüßen auch die Einigung auf europäischer Ebene hinsichtlich
111 einer Solidaritätsabgabe auf Unternehmensgewinne im Energiebereich jenseits des
Stromsektors
112 und setzen diese schnellstmöglich um.

113

114 Bei der nationalen Umsetzung der Solidaritätsabgabe werden wir uns dafür einsetzen, dass die
115 Bundesregierung den Steuersatz auf die Übergewinne auf mehr als die Hälfte ansetzt, die
116 Abgabe für 2022 und für 2023 beschließt und das Gesetz so gestaltet, dass
117 Gewinnverschiebungen bspw. in die Schweiz verhindert werden. Das gelingt beispielsweise mit
118 einem (Über-)Gewinnproxi für die nationalen Gewinne als Bemessungsgrundlage. Das ist
119 wichtig, um ein effektives Instrument mit ausreichend Aufkommen für die notwendigen
120 Krisenentlastungen zu gestalten.

121 Die Strompreisbremse soll auch kleinen und mittelständischen Betrieben sowie Kommunen,
122 Vereinen, Verbänden oder Krankenhäusern und anderen Einrichtungen der
Gesundheitsversorgung

123 sowie sozialen Einrichtungen zugutekommen. Für sie soll es ebenfalls ein vergünstigtes
124 Stromkontingent geben, weil auch hier die Belastungen durch die hohen Strompreise spürbar
125 sind. Daneben führen der schnellere Ausbau erneuerbarer Energien sowie die beschlossenen
126 Effizienz-Maßnahmen perspektivisch ebenfalls zu günstigeren Strompreisen.

127

128 Mit dem Vorliegen des Vorschlags der Kommission beginnt jetzt die politische Debatte über die
129 Ausgestaltung. Wir machen uns stark für eine sozial ausbalancierte Lösung. Deswegen setzen
130 wir uns, wenn möglich für ein Mengen-Grundkontingent pro Haushalt und eine rückwirkende
131 Kompensation der steigenden Preise schon vor dem 1. März ein. Die Auszahlung kann
132 nachgelagert stattfinden.

133 Außerdem werden wir Maßnahmen ergreifen, um auch den Gaspreis zu senken. Wir werden die
134 Preise durch eine Gaspreisbremse - zumindest für einen Teil des Verbrauchs - auf ein Niveau
135 bringen, welches die Bürger*innen genauso wie die Unternehmen und Kommunen im Land vor
136 Überforderung schützt. Es gilt, europäisch solidarisch, sozial gerecht, effektiv und die
137 Transformation beschleunigend zu handeln. Deshalb werden wir uns auf europäischer Ebene
138 dafür einsetzen, den Gaspreisanstieg zu begrenzen. Um dem strukturellen Mangel zu begegnen,

139 müssen wir weiter Energie einsparen und in die Energiewende investieren. Dabei dürfen wir
140 nicht den Anreiz verringern, in CO2-freie Alternativen zum heutigen Erdgasbedarf zu
141 investieren.

142

143 Den Gaspreis senken bedeutet auch: Wir können nicht mehr jeden Einkaufspreis akzeptieren.
144 Eine geschlossen auftretende EU sollte ihr starkes Marktgewicht gegenüber Gas-exportierenden
145 Ländern und auf den globalen Spotmärkten für Flüssiggas einsetzen. Wir unterstützen daher
146 den Vorschlag der EU-Kommission für eine gemeinsame Einkaufsplattform, um die Einkaufskraft

147 Europas zu bündeln und Preise im Großhandel zu senken und so Preise auch insgesamt zu
148 dämpfen und zu stabilisieren.

149

150 Zusätzlich verpflichten wir jene zur Solidarität, welche von der angespannten finanziellen

151 Lage vieler Menschen profitieren: Wir fordern eine Deckelung der Zinsen für
152 Dispositionskredite für Privatkunden bei Banken. Dafür wollen wir einen maximalen, an den
153 Kosten der Banken orientierten Aufschlag auf einen konkret festzulegenden Bezugszinssatz, z.
154 B. dem 3-Monats-Euribor, festlegen.

155 In bisher drei Entlastungspaketen haben wir zusammen mit unseren Koalitionspartnern viele
156 Maßnahmen vereinbart, die denjenigen zu Gute kommen, die die steigenden Preise finanziell
157 besonders unter Druck setzen. Das sind gerade Menschen mit geringen und mittleren
Einkommen,
158 darunter fallen viele Familien, Studierende, Rentner*innen, Menschen mit Behinderungen und
159 besonderen Bedarfen sowie Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Gerade für sie

160 haben wir uns in den Verhandlungen stark gemacht. Und das werden wir auch weiterhin tun:
161 Solange die hohen Preise es weiterhin notwendig machen, setzen wir uns für weitere
162 Sofortentlastungen wie sozial-gestaffelte und regelmäßige Direktzahlungen ein, die bei den
163 Menschen ankommen und nicht mit anderen Sozialleistungen verrechnet oder gepfändet
werden.

164 Denn ein wirksamer Weg, um Menschen in der Breite kurzfristig vor den Folgen hoher
165 Energiekosten zu schützen, sind staatliche Direktzahlungen an private Haushalte. Daher haben
166 wir die Energiepreispauschale auf den Weg gebracht. Dadurch, dass diese der progressiven
167 Einkommensteuer unterliegt, stellen wir sicher, dass Menschen mit wenig Einkommen am
meisten
168 profitieren. Nun erhalten auch Rentner*innen und alle Studierenden eine Einmalzahlung. In
169 der Transformation hilft auch ein sozial-gerechtes Klimageld, das wir – wie im
170 Koalitionsvertrag vereinbart – gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern umsetzen wollen.
171 Direktzahlungen an alle Bürger*innen bieten zum einen die Möglichkeit einer sozial gerechten
172 Rückzahlung der Einnahmen aus dem CO₂-Preis, zum anderen sind sie ein kurzfristiges
173 Kriseninstrument. Nur fehlt bisher in Deutschland dafür ein Auszahlmechanismus. Das
174 Finanzministerium muss diesen bis Ende des Jahres vorlegen.

175 Familien sind besonders betroffen von den steigenden Preisen. Deshalb wollen wir Familien
176 sehr gezielt unterstützen: Für von Armut betroffene Kinder gilt bis zur Einführung der
177 Kindergrundsicherung ein monatlicher Kindersofortzuschlag in Höhe von 20 Euro. Für Familien,
178 deren Einkommen nur knapp oberhalb der Grundsicherung liegt, wird der Kinderzuschlag erhöht

179 und für kindergeldberechtigte Kinder steigt das monatliche Kindergeld auf 237 Euro im Monat.
180 Die hohe Kinderarmut in Deutschland werden wir aber nur beenden, indem wir eine echte
181 Kindergrundsicherung einführen, die alle Kinder erreicht, unabhängig vom Familienmodell
182 ihrer Eltern. Auf dem Weg dahin müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um
183 familienpolitische Antragsleistungen wie den Kinderzuschlag oder Leistungen aus dem
184 Bildungs- und Teilhabepaket niedrigschwellig und unbürokratisch zugänglich zu machen. Mit
185 der Kindergrundsicherung werden wir die Familienförderung vom Kopf auf die Füße stellen und
186 ein zeitgemäßes Sozialstaatsverständnis umsetzen: einfach, automatisch berechnet und
187 ausgezahlt ohne aufwendiges Antragswesen bei verschiedenen Behörden. Damit werden wir
Armut
188 – auch verdeckte – bekämpfen und sicherstellen, dass jedes Kind und jede*r Jugendliche*r
189 finanziell abgesichert ist.

190 Schon während der Pandemie haben junge Menschen große soziale Härten erlebt. Jetzt plagen
191 viele Sorgen wegen der Klimakrise und wie sie wegen der gestiegenen Preise über die Runden
192 kommen sollen. Wir setzen uns für weitere Entlastungsmaßnahmen, wie eine kurzfristige
193 Erhöhung des BAföG-Regelsatzes und der Mindestausbildungsvergütung ein. Zudem soll eine
194 Neuausrichtung des BAföG umgesetzt werden. Bund und Länder sollen dies prüfen. Um gut
durch

195 den Winter zu kommen, brauchen Hochschulen und Studierendenwerke Unterstützung. Für uns
ist
196 klar, dass Bildungs- und Forschungseinrichtungen weiterhin offen bleiben müssen.

197 Außerdem muss die im Koalitionsvertrag vorgesehene steuerliche Gutschrift für
198 Alleinerziehende jetzt auch schnell auf den Weg gebracht werden, denn Alleinerziehende
199 gehören zu denjenigen, die in diesem Land am meisten von Armut betroffen sind.

200 Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, erhielten bereits eine Einmalzahlung von
201 200 Euro. Das neue Bürgergeld, das ab Januar 2023 die bisherige Grundsicherung ersetzt, wird
202 um 53 Euro steigen. Gleichzeitig ändern wir die Berechnungsmethode dauerhaft so, dass die
203 Inflation künftig früher in die Berechnung einfließt. Auch Kinder und Jugendliche im
204 Leistungsbezug haben künftig deutlich mehr Geld zum Leben. Und auch die Geldleistungen für
205 andere Sozialleistungsbeziehende sollen entsprechend fortgeschrieben werden, zum Beispiel in
206 der Grundsicherung im Alter oder für Asylsuchende.

207 Strukturell überwinden wir mit dem Bürgergeld endlich Hartz-IV und schaffen eine
208 bürgerfreundliche Grundsicherung, die zu mehr sozialer Sicherheit führt und den Fokus auf
209 Weiterbildung und Qualifizierung legt. Damit kommen wir unserem Konzept der grünen
210 Garantiesicherung einen wichtigen Schritt näher. Die gegenwärtig vereinbarte Erhöhung sehen
211 wir als ersten Schritt hin zu einer armutsfesten Grundsicherung, die auch die
212 soziokulturelle Teilhabe gewährleistet.

213 Der Regelsatz reichte jedoch schon in der Vergangenheit nicht aus, um mit dem
214 gesellschaftlichen Lebensstandard und der Preisentwicklung Schritt zu halten. Die aktuelle
215 Inflation bei Gütern des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel oder Strom, für die Menschen in
216 der Grundsicherung einen Großteil des Regelsatzes ausgeben, liegt deutlich über der
217 allgemeinen Teuerungsrate. Für uns ist deshalb klar: Es besteht weiterhin dringender
218 Handlungsbedarf. Wir setzen uns dafür ein, dass es zügig zu Erhöhungsschritten kommt, wenn
219 sich die soziale Lage weiter zuspitzt. Wir setzen uns darüber hinaus noch in dieser
220 Legislatur dafür ein, eine Neuberechnung des Existenzminimums auf systematisch
221 aktualisierter Grundlage vorzunehmen. In diesem Zuge wollen wir bestehende
Wohnkostenlücken

222 schließen und eine verlässliche Bedarfsdeckung beim Strom erreichen. Des Weiteren sollte der
223 Vermögensschonbetrag für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen vorübergehend oder
224 dauerhaft nicht arbeitsfähig sind, weiter bedarfsgerecht angehoben werden.

225 Nachdem von uns im Koalitionsvertrag durchgesetzten Sanktionsmoratorium werden
226 Sanktionsmöglichkeiten über die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hinaus deutlich
227 eingeschränkt. Wir wollen grundsätzlich, dass das soziokulturelle Existenzminimum ohne
228 Sanktionen garantiert wird. Und die Kultur im Jobcenter wird eine andere sein. Briefe kommen
229 künftig weitgehend ohne komplizierte Rechtsfolgenbelehrungen aus und werden somit
230 verständlicher. Statt Sanktionen setzt das Bürgergeld auf positive Anreize mit dem
231 Weiterbildungsgeld von 150 Euro und dem Bürgergeldbonus von 75 Euro pro Monat als

Aufschlag

232 auf den Regelsatz. Wer sich auf den Weg in einen neuen Beruf macht, wird so direkt für seine
233 Anstrengungen belohnt – und nicht erst am Ende einer mehrjährigen Ausbildung. Auch
insgesamt
234 wollen wir Zuverdienstmöglichkeiten attraktiver gestalten. Außerdem verstetigen wir den
235 Sozialen Arbeitsmarkt und stärken damit die Teilhabe von langzeitarbeitslosen Menschen am
236 Arbeitsleben. Dazu benötigen wir ausreichend ausgestattete Programme mit einer an
237 tariflichen Bezahlung angelehnten Vergütung, die Menschen über einen langen Zeitraum
238 unterstützen, um am Arbeitsleben teilnehmen zu können.

239 Um Menschen mit wenig Geld knapp oberhalb der Grundsicherung vor den hohen Heizkosten zu
240 schützen, unterstützen wir mit Heizkostenzuschüssen beim Wohngeld und im BAföG. Im
kommenden
241 Jahr wird es außerdem eine große Wohngeldreform mit einer Heizkosten- sowie einer
242 überfälligen Klima-Komponente geben. Mit der Reform sollen weit mehr Menschen künftig
243 Anspruch auf Wohngeld haben. Die Wohngeldbeantragung und -bewilligung muss dabei
244 niedrigschwellig, digital und schnell gestaltet werden. Die Umsetzung ist eine
245 gesamtstaatliche Aufgabe, bei der der Bund die Länder und Kommunen unterstützen muss. Wir
246 haben im dritten Entlastungspaket zudem Regelungen vereinbart, damit Mieter*innen in
247 finanziellen Notsituationen ihre Wohnung nicht verlieren und Strom- und Gassperren
248 verhindert werden. Ein bundesweites Kündigungs- und Zwangsräumungsmoratorium für
mindestens
249 6 Monate müssen jeweils jetzt zügig umgesetzt werden. Es braucht außerdem Schutz für
250 Haushalte mit Indexmieten. Denn bei Indexmietverträgen sind Mietsteigerungen an die
251 Entwicklung der Verbrauchspreise gekoppelt. Durch die Preissteigerungen droht den
252 betroffenen Mieter*innen eine massive Anhebung ihrer Miete – zusätzlich zu den steigenden
253 Heizkosten. Daher wollen wir bestehende Indexmieten deckeln und neue vor dem Hintergrund
der
254 hohen Preissteigerungsrate beschränken. Zudem setzen wir uns für einen besseren Schutz von
255 Gewerbemiet*innen durch eine Gewerbemietpreisbremse ein. Darüber hinaus setzen wir uns
256 angesichts der hohen Belastungen für Mieter*innen für ein Nettokaltmietenmoratorium für
257 Städte mit angespanntem Wohnungsmarkt ein. Reguläre Mieterhöhungen der Nettokaltmiete
würden
258 so für 6 Monate rechtssicher ausgesetzt werden. Ausnahmen oder andere Maßnahmen wie ein
259 Härtefallfonds sollen soziale und wirtschaftliche Härten verhindern.

260 Bereits vor der aktuellen Krise ist bezahlbares Wohnen zur wichtigsten sozialen Frage in
261 urbanen Zentren geworden. In den letzten Jahren ist der Bestand an Sozialwohnungen stetig
262 zurückgegangen. Das müssen wir umkehren, indem wir die verbliebenen Bestände sichern und
um
263 neue erweitern. Deshalb ist es richtig, dass wir uns im Koalitionsvertrag auf die neue
264 Wohngemeinnützigkeit und die finanzielle Förderung von Ländern und Kommunen für eine
265 sozialökologische Wohnungsbauoffensive geeinigt haben – beides muss nun zügig kommen. Wir
266 werden in hohem Umfang auch öffentlich geförderte Wohnungen bauen und dauerhaft sichern
267 sowie Bestandswohnungen in die soziale Bindung übernehmen. Dafür ist die neue
268 Wohngemeinnützigkeit ein wichtiger Baustein.

269 Klar ist: Wohnen ist ein Grundrecht und muss als Teil der Daseinsvorsorge verstanden werden.
270 Das bedeutet, dass Wohnen für alle bezahlbar ist. Dies gilt auch für den angemessenen
271 barrierefreien Wohnraum für Menschen mit Behinderung. Der Schutz und das Recht von
272 Mieter*innen muss dafür an verschiedenen Stellen gestärkt werden. Die Mietpreisbremse wollen
273 wir verlängern und verschärfen. Wir wollen das Geschäftsmodell mit möblierten
274 Kurzzeitvermietungen zu überhöhten Mieten abstellen. In angespannten Märkten werden wir die
275 Kappungsgrenze von 15 auf elf Prozent in drei Jahren absenken. Darüber hinaus halten wir
276 aber eine weitere Absenkung auf 9 Prozent für notwendig. Wir werden qualifizierte
277 Mietspiegel, die den Bestand ganzheitlich abdecken, stärken und rechtssicher ausgestalten
278 sowie für mehr Transparenz bei den Nebenkostenabrechnungen sorgen. Die
279 Modernisierungumlage
280 wollen wir strikter begrenzen, damit nicht so hohe Kosten auf die Mieter*innen abgewälzt
281 werden können. Auch muss Mietwucher wirksam bekämpft werden.
282 Wir müssen außerdem vermeiden, dass Menschen ihre Wohnung verlieren. Angesichts der
283 aktuellen Krise fordern wir ein bundesweites Räumungsmoratorium. Bereits ausgesprochene
284 Kündigungen sollten durch Nachzahlung der geschuldeten Miete zurückgenommen werden.
285 Strukturelle Wohnungs- und Obdachlosigkeit wollen wir bis 2030 beenden. Kurzfristig
286 unterstützen wir die Initiativen zur humanitären Versorgung von Obdachlosen und anderer
287 bedürftiger Menschen.
288 Wir wollen die Bodenwende einleiten, das bedeutet: Es braucht endlich eine stärkere
289 Regulierung der Bodenpreise durch eine Reform der Immobilienwertverordnung, damit
290 überhaupt
291 wieder kostengünstig in angespannten Wohnungsmarktlagen gebaut werden kann für eine
292 nachhaltige und sozial ausgewogene Entwicklung des Wohnungsmarktes und des
293 Wohnungsbaus. Wir
294 setzen uns für einen akteursreichen Wohnungsmarkt ein. Daher wollen wir ein transparentes
295 Immobilienregister und dabei die Compliance stärken.
296 Im Sinne einer integrierten Flächenentwicklung und der Schaffung von Wohnraum kommt
297 kommunalen Flächenreserven verstärkt eine Schlüsselfunktion zu. Das kommunale
298 Vorkaufsrecht
299 wollen wir daher durch eine Änderung im Baugesetzbuch wieder ermöglichen und so
300 ausgestalten, dass es für Kommunen lückenlos rechtssicher durchsetzbar sowie finanzierbar
301 ist. Zugleich soll der soziale Wohnungsbau stärker unter inklusiven Gesichtspunkten
302 gefördert werden.
303 Wir wollen klare Festsetzungsmöglichkeiten zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in
304 Bebauungsplänen ermöglichen. Die Verfahren zur Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme
305 wollen
306 wir verkürzen und stärken, um die Innenentwicklungen durch die Städte und Kommunen selbst
307 zu
308 ermöglichen.
309 Die von uns durchgesetzte Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro zum
310 01. Oktober dieses Jahres bedeutet eine gezielte Gehaltserhöhung für viele Millionen
311 Menschen, insbesondere für Frauen und Beschäftigte in Ostdeutschland. Mit der Anhebung der

306 Midijobgrenze entlasten wir kurzfristig viele Menschen mit wenig Einkommen außerdem bei
307 Steuern und Sozialbeiträgen, halten aber am Grundsatz der Parität fest. Auch auf der
308 europäischen Ebene haben wir mit dem beschlossenen EU-Mindestlohn zum ersten Mal einen
309 gemeinsamen Standard gesetzt. Der EU-Mindestlohn ist ein wichtiges Werkzeug, um Armut
310 vorzubeugen, denn es müssen nun alle EU-Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen, dass nationale
311 Mindestlöhne ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Darüber hinausgehend braucht es
eine
312 EU-Grundsicherung.

313 Mit dem 9-Euro-Ticket wurden Menschen in diesem Sommer bei der Mobilität spürbar entlastet.
314 Zudem konnten wir die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs steigern. Es gilt nun, eine
315 ökologisch nachhaltige, einfache, bundesweit nutzbare und preisgünstige Form der Mobilität
316 zu realisieren. Die bereits vereinbarte Anschlussregelung soll aus unserer Sicht einen Preis
317 von 49 Euro nicht übersteigen. Mit weiteren Investitionen in die Schiene haben wir richtige
318 Weichenstellungen eingeleitet. Darüber hinaus wird es kurzfristig auch eine deutliche
319 Erhöhung der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV brauchen, um Teilhabe in den Regionen zu
320 verbessern und eine nachhaltige Verkehrswende zu beginnen.

321 Ferner müssen wir die Daseinsvorsorge in Deutschland flächendeckend sichern. Die Corona-
322 Pandemie hat gezeigt, welche gravierenden Folgen es hat, wenn soziale Angebote und
323 Einrichtungen geschlossen sind oder die Arbeit stark einschränken müssen. Krankenhäuser
324 sowie andere Einrichtungen der Gesundheitsversorgung und Pflegeeinrichtungen stehen durch
325 die steigenden Energiekosten und Inflationseffekte vor enormen Sachkostensteigerungen, für
326 die oftmals keine Refinanzierung zur Verfügung steht. Das stellt sie vor existenzielle
327 Herausforderungen. Wir brauchen daher umgehend einen Schutzschirm für die betroffenen
328 Einrichtungen. Darüber hinaus muss die Daseinsvorsorge zukünftig strukturell krisenfest
329 abgesichert werden – unabhängig davon, ob es sich um eine weitere Pandemie oder eine
andere
330 Krise handelt.

331 Hart getroffen sind auch die sozialen Dienstleister, also das gesamte Spektrum sozialer
332 Arbeit, der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Beratungs-, Schutz- und Hilfeeinrichtungen.
333 Sie sind den massiv gestiegenen Kosten ausgeliefert und können diese nicht weitergeben. Auch
334 sie müssen wir nun davor schützen, in eine Notlage zu geraten.

335 Soziale Sicherheit und sozialer Ausgleich sind gerade in Krisenzeiten unverzichtbar, denn
336 starke Schultern können mehr tragen als schwache. Das bedeutet auch, Verteilungsfragen zu
337 stellen und Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten abzubauen. Gerade in der Krise ist der
338 gesellschaftliche Zusammenhalt gefordert.

339 **Standort Deutschland schützen, unsere Industrie umbauen, Unternehmen retten**

340 Die wirtschaftliche Lage ist angespannt. Besonders die kleinen und mittelständischen
341 Unternehmen, aber auch die energieintensiven Industrien brauchen dringend Unterstützung.
342 Wichtigstes Ziel ist es, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Deswegen haben wir in
343 der Ampel-Koalition für einen 200 Mrd. Euro breiten Abwehrschirm gegen hohe Energiepreise
344 und zur Sicherung der Versorgungssicherheit aufgespannt. Wir müssen jetzt die finanzielle
345 Kraft aufbringen, die nötig ist, um die Substanz unserer Wirtschaft und die Arbeitsplätze in
346 unserem Land zu sichern und in die klimaneutrale Zukunft zu führen. Es geht darum, durch die
347 Krise zu kommen.

348 Die Energiekrise und die Inflation, aber auch die Dürre haben die Unternehmen in Deutschland
349 unter Druck gesetzt. Das Energiekostendämpfungsprogramm für die energieintensive Industrie
350 wollen wir deshalb bis zum Jahresende verlängern. Mit der Gaspreisbremse unterstützen wir
351 auch gerade die besonders betroffenen Branchen des Mittelstands und des Handwerks wie etwa

352 Bäckereien, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden und die wir unbedingt schützen
353 müssen. Denn die Betriebe vor Ort haben eine herausragende Bedeutung für die lokale
354 Wertschöpfung, das soziale Gefüge und die Gesellschaft in den Dörfern und Städten.

355

356 Gerade kleinere und mittlere Betriebe der handwerklichen Lebensmittelverarbeitung sind durch
357 die weitere Steigerung der Rohstoff- und Energiepreise, in Verbindung mit Klimakrise und dem
358 zunehmenden Druck auf die gesamte Wertschöpfungskette belastet. Die Transformation der
Land-

359 und Ernährungswirtschaft kann nur gelingen, wenn die lokalen Verarbeitungsstrukturen,
360 erhalten und gestärkt werden. Eine lokale, regionale nachhaltige Landwirtschaft braucht
361 regionale Verarbeitungsstrukturen für ihre Erträge.

362 Das Kurzarbeitergeld hat sich, zuletzt in der Pandemie, als Kriseninstrument bewährt. In
363 Zeiten externen Drucks hilft es, Personalabbau zu vermeiden und schützt Arbeitsplätze. Es
364 ist daher richtig, dass wir die Sonderregelungen für das Kurzarbeitergeld über den 30.
365 September 2022 hinaus verlängert haben. Damit schaffen wir Sicherheit für Unternehmen und
366 Beschäftigte. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für eine dauerhafte Fortführung des
367 SURE-Instruments ein, das in Anlehnung an das deutsche Kurzarbeitergeld geschaffen wurde.
368 Gerade die öffentlich geförderte Kurzarbeit ist oft dazu geeignet, gezielte
369 innerbetriebliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auf den Weg zu bringen.

370 Um kurzfristig die Liquidität der Unternehmen sicherzustellen, werden wir bestehende
371 Programme wie das KfW-Sonderprogramm „Ukraine, Belarus, Russland“ sowie die bereits
während
372 der Corona-Pandemie eingeführten Erweiterungen der Bund-Länder-Bürgschaftsprogramme
373 verlängern. Auch das Margining-Finanzierungsinstrument wollen wir fortführen, um
374 Unternehmen, die an den Terminbörsen mit Strom, Erdgas und Emissionszertifikaten handeln,
375 den Zugang zu ausreichender Liquidität zu ermöglichen.

376 Um gerade kleine und mittlere Unternehmen sowie Freiberufler*innen und Solo-Selbständige in
377 der aktuellen Krisensituation zusätzlich finanziell zu entlasten, weiten wir den
378 Verlustrücktrag bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer für die Veranlagungszeiträume
2022

379 und 2023 auf die vier vorangegangenen Wirtschaftsjahre aus. Dadurch können die
380 Unternehmer*innen ihre Verluste mit den Gewinnen aus den wirtschaftlich guten Jahren 2018
381 und 2019 verrechnen und erhalten schneller die erforderliche Liquidität. Eine solche
382 Ausweitung des Verlustrücktrags ist eines der einfachsten und zielgenauesten Instrumente, um
383 Umsatzeinbrüche auszugleichen und es lässt sich auch mit bestehenden Hilfsprogrammen
384 kombinieren.

385 Mittelfristig sollen die Unterstützungsmaßnahmen auch die Transformation voranbringen. Es
386 ist daher gut, dass aktuelle Programme bereits Anstrengungen zu Ressourcen- und
387 Energieeffizienz verlangen. Außerdem sollten Unternehmen bei zusätzlichen
antragsgebundenen

388 Hilfen besonderen Bedingungen wie beispielsweise einem Verzicht auf Boni- und
389 Dividendenausschüttungen unterliegen.

390 Richtig ist: Einen wirksamen und großen Rettungsschirm für kleine und mittelständische
391 Unternehmen gibt es nicht umsonst. Die Entlastungsmaßnahmen erfordern große Anstrengung
und
392 Kreativität, auch innerhalb der Ampelkoalition. Es ist daher falsch, inmitten einer derart
393 tiefgreifenden Energie- und Wirtschaftskrise haushaltspolitische Dogmen über die praktisch
394 notwendige Unterstützung des deutschen Mittelstands zu stellen.

395 Um die Krise zu überwinden, wird es neben kurzfristiger Unterstützung massive Investitionen
396 brauchen. Wir müssen jetzt umfangreich in die nötige Transformation der Wirtschaft
397 investieren und in den kommenden Jahren das Tempo nochmals erhöhen. Nur so machen wir
unsere
398 Gesellschaft zukünftig in den planetaren Grenzen unabhängig von fossilen Energiequellen. Das
399 schützt nicht nur das Klima, sondern senkt auch die Preise, bekämpft damit die fossile
400 Inflation und gibt unserer Wirtschaft Kraft für die Zukunft.

401 Wir brauchen ein Stabilisierungs- und Innovationspaket für unsere Wirtschaft, um diese
402 Zukunftsinvestitionen zu sichern. Dazu gehört eine finanzielle Stärkung des Klima- und
403 Transformationsfonds (KTF) zur Finanzierung von Maßnahmen für mehr Energieeffizienz. Es
404 lohnt sich, gezielt nachhaltige Technologien zu fördern, die den Energieverbrauch und
405 dadurch auch die Energiekosten und den CO₂-Ausstoß senken. Schon jetzt unterstützen wir
406 Unternehmen bei Investitionen in Effizienz- und Substitutionsmaßnahmen.

407 Für die Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation muss der Staat alle Hebel in
408 Bewegung setzen, um die nötigen Investitionen zu ermöglichen. Klare Rahmenbedingungen und

409 vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren für transformative Investitionen schaffen
410 Planungssicherheit für Unternehmen und beschleunigen die Umsetzung. Eine starke
411 Finanzmarktregulierung und -aufsicht wird gebraucht, auch weil ökologische und soziale
412 Risiken für Anleger*innen nur durch Transparenz sichtbar und Kapitalströme damit von
413 fossilen in klimaresiliente und transformative Investitionen umgelenkt werden. Zusätzlich
414 können positive Anreize Potenziale erweitern und so gleichzeitig die Preisentwicklung
415 dämpfen. Weitere Hebel dafür sind die Stärkung resilienter Lieferketten und eine bessere
416 Verfügbarkeit von Arbeits- und Fachkräften.

417 Eine zunehmende Herausforderung für Unternehmen ist es, genügend Arbeitskräfte zu finden.
In
418 einigen Branchen und Regionen ist dieser Mangel inzwischen kaum zu übersehen und wird sich
419 aus demografischen Gründen weiter verschärfen. Allein 2022 werden über 330.000 Menschen
mehr
420 in Rente gehen als ins Berufsleben starten. Diese Lücke wird sich bis 2030 etwa verdoppeln.

421 Das ist nicht nur ein Problem der Wirtschaft und der Sozialversicherungssysteme. Auch die
422 ökologische Transformation der Wirtschaft kann nur gelingen, wenn ausreichend Menschen im
423 Handwerk, in der Planung und Forschung tätig sind. Deshalb werden wir uns entschieden dafür
424 einsetzen, den Arbeitskräftemangel zu lindern. Dabei legen wir einen Fokus auf
425 Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung sowie eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf
426 und Familie. Dies ist auch ein Beitrag, um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu erhöhen. Wir

427 wollen die Hürden für Frauen abbauen, damit sie sich eigenständig absichern können und ihre
428 Fachkompetenz dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Dazu muss die Steuerklasse V zügig
429 abgeschafft werden, um die monatliche Steuerlast zwischen den Ehepartner*innen gerechter zu
430 verteilen. Darüber hinaus muss das Steuersystem modernisiert werden und für neu
geschlossene
431 Ehen das Ehegattensplitting reformiert werden, damit gleichberechtigte Lebensentwürfe nicht
432 länger benachteiligt werden.

433 Bei Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung braucht es eine geschlechtersensible Stärkung der
434 Berufsorientierung an den Schulen, mehr Qualifizierung in Unternehmen sowie einen
435 flächendeckenden Ausbau von Weiterbildungsagenturen, die auch jenseits von starren
436 Geschlechterrollen beraten. Eines der effektivsten Mittel gegen den Fachkräftemangel ist es,
437 jedem eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Deswegen wollen wir zeitnah eine
438 Ausbildungsplatzgarantie einführen. Durch die Umlagefinanzierung unterstützen wir vor allem
439 die kleinen und mittleren Unternehmen, die qualitativ hochwertige Ausbildungen anbieten. Für
440 die Beschäftigten sind attraktivere Arbeitsbedingungen, passgenaue Arbeitszeiten und eine
441 gute Bezahlung entscheidende Faktoren, um mehr zu arbeiten. Unternehmen, die gut bezahlen
442 und für ein gesundes Arbeitsumfeld sorgen, werden es leichter haben, Fachkräfte an sich zu
443 binden.

444 Zusätzlich gilt es, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen zu
445 vereinfachen und zu beschleunigen. Mit einem Fokus allein auf Potenziale im Inland werden
446 wir dem Mangel an Arbeitskräften allerdings nicht beheben können. Es braucht auch Menschen
447 aus dem Ausland, die längerfristig hier im Land leben und arbeiten wollen. Deshalb werden
448 wir die rechtlichen Hürden senken, die verhindern, dass Menschen zusammen mit ihren Familien
449 nach Deutschland kommen können. Neben diesen Maßnahmen werden wir auch Bürokratie
weiter
450 abbauen, um Arbeitsabläufe und Entscheidungsprozesse nicht nur zu beschleunigen, sondern
451 auch den erforderlichen Arbeitsaufwand für Verwaltung, Unternehmen und Privatpersonen
452 insgesamt zu verringern.

453 Darüber hinaus müssen unsere Lieferketten widerstandsfähiger werden. Wir haben uns zu
454 abhängig gemacht von einzelnen Handelspartnern und Absatzmärkten und von der Just-In-Time-
455 Produktion, die bei logistischen Schwierigkeiten Lieferketten reißen lässt. Wir müssen mit
456 einer neuen Handelsagenda unsere Handelsbeziehungen auf breitere Füße stellen, sie
457 resilienter, fairer und nachhaltiger machen. Damit können wir für zukünftige Krisen
458 vorbauen, die Preissteigerungen heute lassen sich damit noch nicht bekämpfen. So – und mit
459 den Mitteln der Entwicklungspolitik – wirken wir gemeinsam mit unseren Partner-Staaten
460 darauf hin, dass soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards entlang der gesamten
461 Wertschöpfungs- und Lieferkette eingehalten sowie in der Produktion und Wertschöpfung
462 ausgebaut werden.

463 In den vergangenen Jahrzehnten hat sich Europa bei kritischen Rohstoffen vermehrt in eine
464 Abhängigkeit von China begeben. Fast zwei Drittel der von der EU als kritische Rohstoffe
465 eingestuft Ressourcen werden derzeit überwiegend in China abgebaut. Wir haben zu lange
466 nach dem Prinzip gewirtschaftet, dass dort gekauft wird, wo es am billigsten ist. Häufig
467 sind das Rohstoffe aus China. Gleichzeitig dürfen wir jedoch keine protektionistischen

468 Tendenzen fördern. Wir brauchen die Globalisierung – aber eine faire und nachhaltige. Daher
469 setzen wir uns dafür ein, dass Kostenvorteile, die durch die Nichteinhaltung von
470 ökologischen und sozialen Standards entstehen, bei Eintritt in den europäischen Binnenmarkt
471 im Sinne der Anti-Dumping-Regeln ausgeglichen werden.

472 Um die Resilienz unserer Lieferketten zu stärken, müssen wir Einkaufsquellen
473 diversifizieren, resilientere Logistikstrukturen aufbauen und auf europäischer Ebene
474 gemeinsam handeln. Wir unterstützen daher den Vorschlag der Europäischen Kommission, mit
dem
475 Notfallinstrument für den Binnenmarkt die Resilienz und Krisenvorsorge der EU zu verbessern.

476 Im Rohstoffbereich ist eine Verringerung des Verbrauchs notwendig. Dazu müssen die
477 notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft
478 brauchen wir eine neue Rohstoffpolitik, die den Einsatz von Primärrohstoffen reduziert,
479 fossile durch nachwachsende Rohstoffe ersetzt und die globale Rohstoffgewinnung an hohe
480 Transparenz-, Sozial- und Umweltstandards bindet. Auch die Unternehmen sollten ihre
481 Bemühungen hier deutlich verstärken.

482

483 Um die Energieversorgung zu sichern und leistbare Energie für alle sicherzustellen,
484 beschleunigen wir die Energiewende. Um diese auch demokratisch mitgestalten zu können,
485 setzen wir unter anderem auf die Rekommunalisierung von Energienetzen und eine dezentrale
486 Energieversorgung in Bürger*innenhand. Das bedeutet für uns auch, dass im Rahmen von
487 staatlichen Unternehmensrettungen von Mitbestimmungsrechten Gebrauch gemacht wird.

488 Die drei Entlastungspakete und der Abwehrschirm sind darauf ausgerichtet, die schweren
489 sozialen und ökonomischen Folgen der Energiekrise abzumildern. Die Symptome der fossilen
490 Inflation werden so gelindert. Jetzt gilt es aber auch die Ursache zu bekämpfen: unsere
491 Abhängigkeit von fossilen Energien. Die USA investieren mit dem Inflation Reduction Act 370
492 Milliarden US-Dollar vor allem in Klimaschutz. Auch wir wollen die Potentiale der
493 Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz nutzen, um die Energiepreise langfristig in
494 den Griff zu kriegen - aber ohne Protektionismus. Nur wenn uns die Transformation der
495 Wirtschaft aus der Abhängigkeit von fossilen Energien gelingt, haben wir als
496 Industriestandort eine Zukunft. Die Bundesregierung muss deshalb alle
497 Klimaschutzinvestitionsbremsen lösen und die ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen
498 konsequent auf den schnellstmöglichen Ausbau von Erneuerbaren, Energieeffizienz und
499 Energieeinsparung umstellen.

500

501 **Fossile Inflation bekämpfen - fossile Energien ersetzen**

502

503 Wir wollen mit einem Gesetz zur Bekämpfung fossiler Inflation (InflationsbekämpfungsgG) bei
504 den Ursachen der fossilen Inflation ansetzen:

505 - **100 Milliarden Euro zusätzlich für Klimaschutzinvestitionen.** Um die Energiekosten
506 langfristig zu senken, sichern wir den Ausbau der Produktionskapazitäten für Wärmepumpen,
507 Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen staatlich ab und richten die öffentliche Beschaffung
508 konsequent an den Klimaschutzziele aus. Auch die energetische Modernisierung öffentlicher
509 Gebäude und die komplette Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED dürfen nicht länger an
510 fehlenden Investitionsmitteln scheitern. Mit den Mitteln soll zudem mit dem Bau einer
511 Infrastruktur für Grünen Wasserstoff begonnen werden. Wir weiten die aufsuchende

512 Energiesparberatung deutlich aus, um die Vulnerabilität von Haushalten gegenüber
513 Energiepreisen nachhaltig zu verringern.

514 - **Ausbau der Erneuerbaren Energien kurzfristig wirksam beschleunigen.** Damit die
Erneuerbaren
515 die Kosten für Strom, Mobilität und Wärme noch stärker dämpfen, soll das
516 InflationsbekämpfungsgG Regelungen enthalten, mit denen bereits genehmigte, aber noch nicht
517 fertiggestellte Windenergieprojekte unkompliziert erweitert werden können, für die PV-
518 Sonderausschreibungen muss Zusätzlichkeit gewährleistet werden.

519 - **Energieverschwendung ordnungsrechtlich verringern.** Um teure fossile Energien
einzusparen,
520 wollen wir mit dem InflationsbekämpfungsgG das Ordnungsrecht nutzen: Gebot zur Nutzung
521 industrieller Abwärme, Gebot zum Ersatz von Erdgas-Straßenbeleuchtung, Stopp des Ausbaus
des
522 Gasverteilnetzes und des Neuanschlusses von Wohngebäuden ans Gasnetz in
Fernwärmegebieten,
523 Verbot besonders energieaufwändiger und leicht zu substituierender Verpackungen, Ausweitung
524 von Mehrwegsystemen, Einführung einer Sanierungspflicht für die Gebäudeklassen G und H,
525 Beendigung von Leerflügen. Die Regelungen zur Zwangsabschaltung von Wind- und PV-Anlagen
526 wollen wir drastisch reduzieren, auch um Strompreise kurzfristig zu senken.

527 - **Gesetzliche Mindestvorgaben zum Klimaschutz auch im Verkehrssektor erfüllen.**
Das
528 Bundesklimaschutzgesetz definiert jahresscharf zulässige Treibhausgas-Emissionsmengen, die
529 insbesondere im Verkehrssektor bisher nicht eingehalten werden. Falls der
530 Bundesverkehrsminister keine anderen kurzfristigen Maßnahmen benennt, mit denen er den
531 Verbrauch von Benzin, Diesel und Kerosin auf das zulässige Maß verringert, kann auf ein
532 Tempolimit nicht weiter verzichtet werden. Das Klimaschutzgesetz ist ein Gesetz und keine
533 unverbindliche Leitlinie. Die jahresscharfen Sektorziele und das daraus resultierende
534 Treibhausgasbudget sind einzuhalten.

535 - **Internationale Klimafinanzierung anheben.** Durch die Diversifizierung unserer
Gasimporte
536 exportieren wir die fossile Inflation in Länder des globalen Südens. Sie zahlen den größten
537 Preis dafür, dass Deutschland sich in den letzten Jahren immer stärker in die Abhängigkeit
538 Russlands begeben hat. Deshalb wollen wir die internationale Klimafinanzierung, die auch dem
539 weltweiten Ausbau der Erneuerbaren Energien dient, deutlich stärker anheben als bisher
540 vorgesehen.

541
542 200 Milliarden für den Abwehrschirm helfen Deutschland in der Krise, gleichzeitig geht es
543 jetzt darum Deutschland aus der Krise zu helfen und mit aller Kraft die Ursachen der
544 fossilen Inflation bekämpfen. InflationsbekämpfungsgG und der Abwehrschirm sind deshalb für
545 uns inhaltlich und politisch eng miteinander verbunden.

546

547 **Gemeinsam durch einen Winter der Solidarität**

548 Wir sehen, wie groß die Herausforderungen und die Last sind, die all die Menschen und
549 Unternehmen in diesem Land tragen. Es braucht uns alle, unseren Zusammenhalt und unsere

550 Solidarität, um diese Lasten gemeinsam zu schultern. Gerade in dieser Zeit spielen soziale
551 Bewegungen und Bündnisse eine wichtige Rolle. Sie bilden einen Organisations- und
552 Resonanzraum, können auf Missstände aufmerksam machen und den politischen
Handlungsdruck
553 erhöhen, um die bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten weiter zu bekämpfen. Aktuell laufen
554 soziale Demonstrationen in vielen Städten an, wie zum Beispiel die Großdemonstration vom
555 Paritätischen Wohlfahrtsverband, Verdi, BUND und Co.: Wir verstehen diese Proteste als
556 Auftrag, uns innerhalb der Regierung für eine soziale Krisenbewältigung einzusetzen und
557 solidarisieren uns mit ihnen.

558 Gleichzeitig erleben wir auch jetzt, wie Rechte und Demokratiefeinde die Krise für ihre
559 eigenen Zwecke nutzen. Hasserfüllte Angriffe auf Regierungsvertreter*innen oder
560 Ehrenamtliche sowie der Versuch, die mutige Freiheitsbewegung der Montagsdemonstrationen
in
561 der DDR für Hass und Hetze zu missbrauchen, sind inakzeptabel. Perfiden Spaltungsversuchen
562 und Verschwörungserzählungen treten wir fakten- und evidenzbasiert entgegen und
563 solidarisieren uns mit allen, die unsere Unterstützung brauchen.

564 Die kommenden Monate sollen zu einem Winter der Solidarität werden. In Bund, Ländern und
565 Kommunen arbeiten wir mit aller Kraft an den konkreten Problemen und tun alles dafür, dass
566 wir mit Stärke und Entschlossenheit gemeinsam diese Krise überstehen. Es ist die russische
567 Regierung mit ihrem Angriff auf Freiheit, Würde und Unversehrtheit der Menschen in der
568 Ukraine, die auch unsere Freiheit und Sicherheit bedroht. Es ist der Kreml, der mit seinen
569 Erpressungsversuchen Europa in soziale und ökonomische Verwerfungen stürzen will. Aber wir
570 lassen uns weder spalten noch erpressen. Wir halten Stand.